

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT
Landesverband Nordrhein-Westfalen

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
11/3569

125

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren Abgeordnete,

für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft darf ich zum zum Entwurf des Einzelplanes 05 des Landeshaushalts 1995 wie folgt Stellung nehmen.

Meiner Organisation ist die schwierige Finanzlage des Landes bekannt. Wir haben dies bereits in unseren entsprechenden Stellungnahmen in den Jahren 1993 und 1994 zum Ausdruck gebracht und daher in den Mittelpunkt unserer damaligen Forderungen an den Landeshaushalt die *Sicherung der in NRW im Bildungsbereich erreichten Standards* gestellt.

Diese Forderung, die wir auch für 1995 wiederholen, müssen wir hier heute mit noch mehr Nachdruck vortragen. Die gemäß dem *Handlungskonzept zur effektiveren Gestaltung der Schulorganisation* von der Landesregierung bereits getroffenen, umfangreichen Maßnahmen und die Haushaltsbeschlüsse des Landtags in den vorausgehenden Haushaltsjahren - beispielhaft seien hier nur die Verringerung der Stellenreserve, die Anhebung der tatsächlichen Durchschnittsklassen- und Kursfrequenzen und die Reduzierung der Stundentafeln der Sekundarstufe I und II genannt - haben bereits zu Verschlechterungen der Personalausstattung in den Schulen unseres Landes geführt, die nach unserer Auffassung schon heute diese Standards mehr als gefährden.

Für das Schuljahr 1995/96 sind in unseren Schulen ca. 45.000 Schülerinnen und Schüler gegenüber 1994/95 mehr zu erwarten. Hierfür sieht der Einzelplan 05 keine zusätzliche Stellen vor. Im Gegenteil: durch Haushaltsmaßnahmen - hier nenne ich an erster Stelle die beabsichtigte erneute Verringerung der Stellenreserve - werden weitere Verschlechterungen der Personalversorgung herbeigeführt, um dadurch Stellen zu "gewinnen", die dann zur Deckung des Lehrerbedarfes für den Schülerzuwachs genutzt werden. Da nach außen die Grundparameter der Lehrerversorgung aufrecht erhalten bleiben, wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, den Schulen würden Lehrkräfte im bisherigem Umfang zur Verfügung gestellt und der erforderliche Mehrbedarf sei gesichert.

Dies muß die GEW in aller Deutlichkeit als den Versuch einer Täuschung der Öffentlichkeit bezeichnen: mit welchen Zahlenspielerien auch immer verschleiert führt eine so verordnete Nullrunde im Personalhaushalt angesichts der Schülerzahlentwicklung zu einem qualitativen und quantitativen Abbau im Bildungssektor.

Die Sicherung des Standards der personellen Ausstattung der Schulen erfordert nach unserer Berechnung und der des Kultusministers selbst in 1995 eine Ausweitung des Stellenrahmens um 2500 Stellen. (Zusatzbedarf).

Unter Berücksichtigung des Ersatzbedarfes für ausgeschiedenes und ausscheidendes Personal - der Kultusminister geht hier von 3500 Lehrkräften aus - und bei Wiederherstellung der Stellenreserve in Höhe der Werte von 1993, die wir mit Nachdruck fordern, ergibt sich in 1995 ein Einstellungsbedarf im Umfang von 8000 Stellen. Demgegenüber geht der Haushaltsentwurf gegenwärtig von einem Nullwachstum des Stellenrahmens aus und sieht nur 3420 Ersatzeinstellungen vor, zu denen ca 1100 weitere Stellen kommen sollen, indem durch Erziehungsurlaub freiwerdende Stellen saldiert und zur Neueinstellung genutzt werden. Die GEW begrüßt zwar die Nutzung dieses Stellenvolumens zu regulären Neueinstellungen, lehnt aber die beabsichtigte "Umbuchaktion" ab, da dadurch in Wirklichkeit keine Stelle zusätzlich für den berechneten Zusatzbedarf gewonnen wird.

Der Einzelplan 05 sieht nunmehr vor, die personelle Deckungslücke durch das Programm "Geld statt Stellen" zu schließen. Die GEW lehnt dieses Programm ab. Es widerspricht dem Gebot einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, ist ein untaugliches Instrument zur Absicherung des Vertretungs- und Zusatzbedarfs und senkt pädagogische und arbeitsvertragliche Standards.

Ich habe eingangs für meine Organisation festgestellt, daß die GEW - in Anerkennung der schwierigen Haushaltslage des Landes - die Sicherung der erreichten Standards in den Vordergrund stellt. Dies bedeutet, daß mit einer Bereitstellung von Personal für die Schulen in dem zuvor benannten Umfang nur der Ersatz- und Zusatzbedarf abgedeckt ist. Neue Herausforderungen und erhöhte Erwartungen, die die Gesellschaft an die Schulen stellt, können von diesen nur angenommen und erfüllt werden, wenn in entsprechender Weise ihre personellen und sächlichen Rahmenbedingungen verbessert werden. Zum Nulltarif ist dies nicht zu leisten.

Zu den Herausforderungen und Erwartungen zählt die GEW insbesondere

- die Konfrontation mit Problemen von Gewalt, zu deren Lösung von der Schule ein wesentlicher Beitrag erwartet wird,
- die Erfüllung umfassenderer sozialer und erzieherischer Funktionen angesichts einer veränderten Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen,
- die Förderung des Zusammenlebens und Zusammenlernens von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen. Hier fordern wir ganz konkret personell eine konsequente Doppelbesetzung bei Integrationsmaßnahmen.

Die GEW hält die pädagogische Weiterentwicklung der Schule für eine vordringliche Aufgabe. Sie ist dabei bereit, mit der Landesregierung über eine schrittweise Sicherstellung der genannten und weiterer reformpädagogischer Maßnahmen zu verhandeln.

Ich möchte meine Ausführungen mit der Feststellung schließen: die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit unserer Schulen gehört zu den Pflichtaufgaben des Landes, auf die Erfüllung dieser Aufgabe hat die Bevölkerung dieses Landes einen Anspruch. Dabei sind Ausgaben im Bildungsbereich notwendige Investitionen in die Zukunft und nicht Luxus, auf den man in Zeiten knapper Kassen verzichten kann.

Düsseldorf, den 18. Oktober 1994

gez. Manfred Skopnik
(GEW-Landesvorstand)

